

Altenessen – ein Gefühl wie in der Bronx?	2
Messe Essen – ein schwarzes Loch	3

AUFstehen gegen die Atom-Mafia!

Alle AKW stilllegen – weltweit und sofort!

Während die Lage in Japan in den Massenmedien weiter verharmlost wird, erklärte Sebastian Pflugbeil von der Gesellschaft für Strahlenschutz schon am 22. März:

„Wir haben es jetzt mit dem Super-GAU zu tun. Die Vergleiche mit Tschernobyl werden ernst. Weitere Evakuierungsmaßnahmen sind dringend erforderlich.“

Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus Messungen der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA), die in einer Zone von 16 bis 58 km so hohe radioaktive Verstrahlung zeigten, wie in der näheren Umgebung von Tschernobyl 1986. Und das ist noch nicht alles:

- Die radioaktive Verseuchung von Trinkwasser und Lebensmitteln breitet sich aus.
- Das Meer ist durch die Kühlversuche mit Meerwasser bereits stark radioaktiv belastet.
- Die mögliche Freisetzung großer Mengen des extrem giftigen Plutoniums wäre eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes.

Die Gesamtmenge des Nuklearmaterials in Fukushima würde ausreichen, um ganz Japan unbewohnbar zu machen, und hätte weltweit verheerende Folgen. Dieser Super-GAU ist das Ergebnis einer verbrecherischen Energie- und Atompolitik, die solche Katastrophen im Interesse maximaler Profite billigend in Kauf nimmt. Verantwortlich dafür ist ein mafiöses Netzwerk von Energiekonzernen und ihren politischen Dienstleistern in den Regierungen. Weltweit koordiniert betreiben sie seit Jahren eine „Renaissance“ der Kernenergie. Mit Laufzeitverlängerungen für alte Atomkraftwerke, die eigentlich vom Netz sollten, wurde diese kriminelle Politik auf die Spitze getrieben. Entsprechende Beschlüsse drückte die Atommafia nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern durch: so in Frankreich, Schweden, Spanien und in Japan. Die längst abgeschriebenen al-

ten Meiler bringen z.B. in Deutschland 2 Millionen € Gewinn pro Tag! Wen kümmert da die Sicherheit der Bevölkerung? Wen kümmert es da, dass die Frage der Endlagerung weltweit völlig ungelöst ist?

Hunderttausende gehen gegen diese skrupellose Politik auf die Straße. Dass die Proteste nicht wirkungslos sind, zeigt die ebenso schnelle wie verlogene Reaktion der Bundesregierung. Die dreimonatige Aussetzung der

bekunden nicht nur Trauer und Solidarität mit dem japanischen Volk. Denn es wird immer deutlicher, dass Mahnungen, Appelle und „Ethik“-Diskussionen die Atommafia nicht beeindruckt werden. Gegen ihre international koordinierte Atompolitik hilft nur international koordinierter aktiver Widerstand.

Hier in Essen sitzt mit RWE einer der vier deutschen AKW-Betreiber mit großem



Über 250.000 Menschen demonstrieren am 26. März in Berlin, Hamburg, Köln und München für die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke.

Laufzeitverlängerung ist ein reines Spiel auf Zeitgewinn. Ungerührt verkünden die Chefs von RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall, dass sie ihre Atompläne rücksichtslos weiter durchziehen wollen:

- AKW sollen generell 40 bis 60 Jahre laufen, obwohl die vielen 30 Jahre alten Meiler weltweit tickende Zeitbomben sind.
- Außerdem sind neben den weltweit bestehenden 430 AKW über 400 neue in Planung.

Millionen Menschen auf der ganzen Welt

Einfluss auf die Kommunalpolitik. Deshalb ist es gut, dass seit Wochen jeden Montag zur RWE-Zentrale demonstriert wird. Durch breite internationale Proteste wurde RWE erst vor zwei Jahren gezwungen, auf den Bau eines AKW in einem erdbebengefährdeten Gebiet in Bulgarien zu verzichten. Diesmal geht es um mehr:

Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke – weltweit!



Atomkraft: billig?

Atomkraft ist nicht nur die gefährlichste, sondern auch die teuerste Form der Stromerzeugung. Laut einer Studie von Greenpeace ist die Nutzung der Kernenergie seit 1950 mit 204 Mrd. € subventioniert worden. Im Schnitt der letzten 60 Jahre wurde jede Kilowattstunde mit 4,3 Cent aus Steuergeldern bezuschusst. Hinzu kommen noch die Kosten für die ungelöste Frage der Endlagerung und die Atomtransporte.

Es gibt keine Haftpflichtversicherung für die AKW-Betreiber im Falle eines Super-GAUs. Laut Atomgesetz müssen die Betreiber im Schadensfall mit maximal 2,5 Milliarden € haften.

Das Märchen von der „Brücken-Technologie“

Die sofortige Stilllegung aller AKW ist problemlos möglich. Selbst Prof. Hohmeyer vom Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen hält einen kompletten Ausstieg aus der Atomenergie bis 2015 für möglich, ohne Engpässe oder Importe – und ohne dass es deshalb zu Preiserhöhungen kommen müsste! Die deutschen Energiekonzerne haben 40 % Überkapazitäten aufgebaut. Diese werden sogar dazu benutzt, um durch bewusste Drosselung der Strommengen an der Strombörse die Preise nach oben zu treiben.

Das ganze Gerede von der Atomkraft als „Brücken-Technologie“ dient deshalb nur der Täuschung und Beschwichtigung. Tatsächlich handelt es sich um eine nicht beherrschbare Technologie mit unkalkulierbarem Risiko. Vorsorglich wird jetzt schon mal die Kohle-Verstromung als nächste „Brücken-Technologie“ aufgebaut, falls die Atomkraft gegen den Widerstand der Bevölkerung nicht mehr zu halten ist. Die Stadtwerke Essen, mit anderen Stadtwerken Käufer des Kohleverstromers STEAG, wittern auch schon Morgenluft. Die ungebremste Verbrennung fossiler Energieträger ist jedoch die Hauptursache für die drohende Klimakatastrophe. Nach seriösen Berechnungen könnte bis 2020 zu 100 % auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

Katastrophen-Gewinnler

Der amerikanische Finanzhai Warren Buffet warnte seinesgleichen vor panischen Reaktionen angesichts der Katastrophe in Japan. Sie sollten lieber den Blick auf den „Markt des Wiederaufbaus“ richten; er bezifferte ihn auf 170 Milliarden Dollar. Es ist nichts Neues, dass das Kapital an den von ihm angezettelten Kriegen, Krisen und Kata-

Altenessen: Ein Gefühl wie in der Bronx?

Im letzten Sommer machte die WAZ ein massives Sicherheitsproblem in Altenessen aus und stilisierte die Gegend um den Bahnhof sogar zum „rechtsfreien Raum“ hoch. Mit einer völlig einseitigen Berichterstattung wurden tatsächliche Probleme und negative Erlebnisse zu einer überzogenen „Bedrohungs- und Bedrohungs-“ aufgebauscht, mit einer anfangs klar ausländerfeindlichen Tendenz. Das löste hektische Aktivitäten aus, insbesondere eine Umfrage der AWO, deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Wie die AWO selbst zugibt, ist die Umfrage nicht repräsentativ. Unter den 400 Teilnehmern seien wohl besonders viele Menschen gewesen, die über negative Erlebnisse berichten wollten, hieß es. Auch die Kriminalstatistik bestätigt die verzerrte Darstellung nicht.

Jetzt wird der Bericht diskutiert; die Empfehlungen laufen im Wesentlichen darauf hinaus, mit verstärkter Sozialarbeit an den Symptomen der sozialen Probleme herumzu-

doktern. Die Stadt findet das toll, betont aber, dass es nichts kosten darf. Das ist genauso eine Bankrotterklärung wie der Vorschlag, dem Mangel an Kinderärzten im Essener Norden mit einem Arztbus zu begegnen, wie er bei Prostituierten und Obdachlosen im Einsatz ist.

Die hohe Arbeitslosigkeit, die wachsende Armut, der Mangel an Lehrstellen, die Perspektivlosigkeit des Abstellgleises Hauptschule, die seit Jahrzehnten ungeklärte Aufenthaltsrechtliche Situation vor allem libanesischer Familien – das sind die Probleme, die angepackt werden müssten. Sie werden aber durch die Kürzungspolitik der Stadt noch weiter verschärft. Damit wird dafür gesorgt, dass negative Erscheinungen der Vernachlässigung, der Verrohung und der Kriminalität und damit entsprechende negative Erfahrungen noch zunehmen werden. Um so wichtiger ist es, dass wir uns nicht durch solche Angst-Kampagnen spalten lassen, sondern gemeinsam gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf unseren Rücken kämpfen.

Harwig Mau

100 Jahre Internationaler Frauentag!



„Essen steht AUF“ ließ es sich nicht nehmen, zusammen mit vielen (Frauen-)Gruppen und Organisationen den 100. Geburtstag des Internationalen Frauentags zu feiern. Buntes Treiben herrschte am 8. März auf dem Willy-Brandt-Platz, mit viel Jugend, mit Musik und interessanten Beiträgen. Zwischendrin eine Demonstration zur Porschekanzel. Als schließlich viele blaue Weltkugel-Ballons mit Frauengrüßen in den Himmel stiegen,

war es schon dunkel. Man war sich einig: Von der formalen zur wirklichen Gleichberechtigung der Frau – es gibt es noch viel zu tun, bis zur Befreiung der Frau auch eine befreite Gesellschaft erreicht ist. Ein spannender Höhepunkt war die (leider unterbrochene)

Telefonverbindung zur ersten Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Venezuela. Auch aus Essen haben Frauen teilgenommen und engagiert mitgewirkt: Alle fünf Jahre soll diese Konferenz nun stattfinden! Mehr über diese begeisternde Konferenz vom 4.-8. März in Caracas (Bilder, Filme, Dokumente) unter <http://www.worldwomenconference.org>

strophen auch noch verdient. Jetzt gibt es seit ein paar Jahren eine Börse für den Handel mit „Wetter-Derivaten“; deren weltweiter Umsatz lag 2008 bei 32 Mrd. Dollar. Diese Papiere sind im Grunde Wetten, also Spekulationen, auf die Abweichungen des Wetters von den Prognosen. Der Wetter-Handel wird umso lukrativer, je sprunghafter sich das

Wetter entwickelt. Genau das tritt mit dem Übergang in die Klimakatastrophe ein. An dieser zynischen Spekulation auf die Klimakatastrophe beteiligen sich nicht nur Versicherungskonzerne, sondern auch fast alle großen Energie-Konzerne. Der „Wetter-Mann“ von RWE sitzt übrigens in der Niederlassung in Altenessen.

Messe Essen – ein „schwarzes Loch“ auf Kosten der Daseinsvorsorge?

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Jahren muss die Stadttochter Messe Essen in Rüttenscheid kräftig bezuschusst werden. Und doch sind ihre **Schulden** so angewachsen, dass – angeblich ganz überraschend – jetzt **100 Millionen** dafür fällig werden. Aber damit nicht genug: Mit Hilfe einer Unternehmensberatung fordert der Messechef und mit ihm der Oberbürgermeister weitere 100 Millionen für Umbau und neue Hallen – auf dem knappen Grund unseres Grugaparks! Sonst könne die Messe nicht mehr mithalten in dem hart umkämpften Messemarkt. Doch was sich dann in den schmucken Hallen abspielen soll, dafür gibt es kein Konzept, keine neue Idee, nur „Augen zu und durch“.

In der gnadenlosen Messekonkurrenz wird die Hälfte aller Messeplätze in Deutschland in der nächsten Zeit verschwinden. Doch das will man nicht wahrhaben in Essen. Man möchte mitspielen im Konzert der Weltmessen, obwohl der Abgesang mit der **Kündigung von zwei großen Messekunden** schon begonnen hat.

Ich halte die Messepläne für ein 200 Mio teures **Wunschdenken**, das auf Kosten der Bürger geht. Die mit **3,1 Milliarden** völlig **überschuldete Stadt Essen** hat das Geld natürlich nicht, sondern muss sich dafür noch tiefer verschulden! 200 Millionen, während an allen Ecken das Geld fehlt für soziale Leistungen, auch bei den gesetzlichen Pflichtaufgaben der Stadt. So wird sie es **nicht schaffen, die Zahl der KiTa-Plätze für unter Dreijährige bereitzustellen**, auf die

„Marchwitza-Straße“ wieder auf die Tagesordnung!

Mitte März im Haupt- und Finanzausschuss der Stadt: Eine der drei neuen Straßen im Uni-Viertel soll nach dem **Essener Arbeiterschriftsteller Hans Marchwitza** benannt werden. Eine gute Gelegenheit, endlich an diesen Sohn unserer Stadt, **1920 Kämpfer der Roten Ruhrarmee gegen den faschistischen Kapp-Putsch**, zu erinnern. Der Bergmann, der später zur Feder griff und mit dem Roman **Sturm auf Essen** diesem Aufstand für die Freiheit ein Denkmal setzte, wurde im kulturellen Leben der Stadt bisher weitgehend totgeschwiegen.

Deshalb hatte sich Walter Wandtke, nicht nur in Altenessen als antifaschistischer Stadthistoriker bekannt, mit den Grünen für eine Marchwitza-Straße eingesetzt, und die Bezirksvertretung I (Stadtmitte) war einhellig dafür. Doch ohne Kommentar wurde der

ein **Rechtsanspruch** besteht. Eine Messe mag imagefördernd sein, ist aber keine Pflichtaufgabe einer Kommune!

Ohne weitere Alternativen zu überprüfen, z.B.

für kleinere Freizeit- und Verbrauchermessen oder eine ganz andere Verwendung der Anlagen zusammen mit dem Grugapark, ohne auch einen Ausstieg vernünftig durchzurechnen, kann ich **inem solchen schwarzen Loch nicht zustimmen**. Denn es ist mehr als wahrscheinlich, dass jährlich Verluste im zweistelligen Millionenbereich bleiben, für die es jede Menge **Bedarf für Kinder und Jugend, Bäder und Sport** gäbe!

Die anderen Parteien drücken sich vor dieser Konsequenz. Sie „stehen zum Wirtschaftsfaktor Messe“, in den erst vor 8 Jahren soviel investiert worden sei – obwohl auch ihnen nicht ganz wohl ist, was die Zukunft der Messe Essen angeht. Dass schon so viel Geld in die Messe versenkt wurde, kann doch ernsthaft kein Argument sein, damit immer weiter zu machen!

Jetzt soll über die Messemillionen erst im Herbst als Teil des neuen Haushalts der Stadt entschieden werden, und damit nicht losgelöst von der tiefen Finanzkrise dieser Stadt. Wir werden wachsam bleiben.

Herzliche Grüße
Ihr Dietrich Keil



Dietrich Keil, Ratsherr für „Essen steht AUF“



Marchwitza mit Jugendlichen 1959

Punkt im Ausschuss abgesetzt. Offenbar hat sich die CDU um Ratsherrn Schippmann dagegen verwendet. Hatte doch Marchwitza, nach seiner Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, nach Internierung in Frankreich und Flucht in die USA, bis 1965 in der DDR gelebt. Das reicht für den antikommunistischen Bannstrahl der CDU. Essen steht AUF unterstützt den Antrag auf eine „Marchwitza-Straße“ in Essen.

Wer sich für das Buch **Sturm auf Essen** interessiert, kann es über „Essen steht AUF“ antiquarisch für 5 Euro erhalten.

Termine, Veranstaltungen

Jeden Montag, 18:00,
Marktkirche (Porschekanzle):
Montagsdemonstration

Sanstag, 2. April, 13 Uhr, Willy-Brandt-Platz:

Ruhrgebietsweite Demonstration unter dem Motto „Abschalten – sofort – weltweit!“; Auftaktkundgebung, anschließend Demonstration und Umzingelung des RWE-Gebäudes

Donnerstag, 7. April, 19 Uhr, Couragezentrum, Goldschmidtstr. 3:

Frauenpolitischer Stammtisch von Courage: „Warum alle Atomkraftwerke stilllegen?“

Sonntag, 10.4., 11 Uhr, Courage-Zentrum:

„Literatur on Tour“ – 2. antifaschistische Benefiz-Lesung mit Uwe Neubauer zugunsten des Frauenverbandes Courage; mit Buffet 7 € / ermäßigt 4 €

Dienstag, 12. April, 19 Uhr, Gemeindezentrum St. Elisabeth, Dollendorfstr. 51:

Die Initiative zur Wiederöffnung der Oase trifft sich

Ostermontag, 25. April:

Bundesweite Demonstrationen an allen Atomstandorten (u.a. auch in Ahaus)

Sonntag, 1. Mai, 10 Uhr, Frohnhauser Markt:

1.-Mai-Demonstration des DGB zur Kundgebung auf dem Kennedyplatz

„Essen steht AUF“ ist mit Info-Ständen auf dem Kennedyplatz sowie auf dem traditionellen 1.-Mai-Fest auf Zeche Carl vertreten, das um 13 Uhr beginnt.

11./12. Juni, Trabrennbahn Gelsenkirchen, Nienhausenstr. 42:

15. Internationales Pfingstjugendtreffen

Nähere Infos unter <http://www.pfingstjugendtreffen.de>



Bündnis für alternative, unabhängige und fortschrittliche Kommunalpolitik

Goldschmidtstr. 3, 45127 Essen
Tel.: 8908210 oder 323800 (Urbat)

eMail:
vorstand@essen-steht-auf.org

Spendenkonto:
Nr. 313031, Sparkasse Essen, BLZ 36050105

V.i.S.d.P.: D. Keil, Bonifaciusstr. 257, 45309 Essen

Das Schwimmbad Oase wird vermisst!

Ein Jahr nach der Schließung der Oase zeigt eine Umfrage der Uni Duisburg-Essen in Altdorf zum Thema „Sport und Bewegung“: Jeder Dritte vermisst die Oase und wünscht ein Bad in der Nähe. Das wird auch in Frohn-

JZE:

Das Dach über'm Kopf soll weg!

Zum 1. Juni soll der Betrieb des Jugendzentrums Essen in der Papestraße eingestellt werden. Das Jugendzentrum soll in die Weststadthalle umziehen. Da stehen aber für die bisher laufenden Aktivitäten für Jugendliche und Kinder keine geeigneten Räume zur Verfügung. Sie landen praktisch auf der Straße. Die Stadt, die einen langfristigen Mietvertrag für die Weststadthalle eingegangen ist, hat endlich eine Nutzung, die aber der Jugend wenig nutzt. Das Bündnis „Rettet das JZE“ kämpft weiter für den Erhalt und die Sanierung des JZE an der Papestraße.

hausen nicht anders sein und bestätigt die Erfahrungen der Initiative für die Wiederöffnung der Oase bei Aktionen und vielen Gesprächen mit Bürgern. Die Politiker und Parteien, die die Schließung zu verantworten haben, stellten sich trotz Einladung der Initiative zur Kundgebung am 22. Januar auf dem Frohnhauser Markt nicht der Kritik der Bürger. Besonders OB Paß und der SPD werfen viele Wahlbetrug vor. „Essen steht AUF“ unterstützt den Kampf der Bürger für die Wiederöffnung der Oase. Die Initiative will diese Forderung auch am 1. Mai bei der Demonstration zum Kennedyplatz hoch halten. Treffpunkt ist um 10 Uhr auf dem Frohnhauser Marktplatz. Zur Vorbereitung trifft sich die Initiative am 12. April um 19 Uhr im

Gemeindezentrum St. Elisabeth, Dollendorferstraße 51.

Nachtrag: Wenn die SPD meint, der Essener Nordwesten brauche kein Bad für Familien, das auch behindertengerecht ist, weder die Oase noch ein Kombibad, hat sie die Rechnung ohne die Bürger gemacht. Allerdings ist die CDU nicht besser, denn für ein Kombibad spricht auch sie sich nicht aus. Die Wiederöffnung der Oase können wir nur gegen das „Streichkonzert“ der Ratsmehrheit durchsetzen.

Gert Bierikoven



Ist der Stopp der A52-Pläne in trockenen Tüchern?

Noch immer wird das Märchen verbreitet, die A52 diene Essen. Die **Industrie- und Handelskammer Essen (IHK)** hat Ende März eine Aktion „JA52“ gestartet. Sie **fordert den Weiterbau der A52** als Nord-Süd-Transitautobahn durch Essen, Bottrop und Gelsenkirchen. Die IHK nennt das verharmlosend „Lückenschluss“. Die A52 würde zusätzliche Verkehre quer durch Essen anziehen, besonders Lastwagenverkehr zwischen den Chemiezentren und zwischen den Häfen an der Nordsee und dem Rheinland und damit zu mehr Luftverpestung führen. Drei Anschlussstellen sollen im Essener Norden neu entstehen. Der Verkehr in den Zubringerstraßen würde anwachsen. Und wenn auf der A52 Staus entstehen, sucht sich der Durchgangsverkehr Wege abseits der Autobahn. Die IHK behauptet aber, die A52 bringe Verkehrsbelastung und mehr Lebensqualität im Essener Norden. „Fast die Hälfte der Strecke

verläuft in Tunneln“, lügt die IHK. Von den 6,8 km sind **bisher nur 2,2 km als Tunnel** geplant. Da dafür **das Geld fehlt**, bestünde zusätzlich die Gefahr, dass große Teile nur als Trog gebaut würden. Besonders gefährdet

ist der Bestand des Helenenparks.

Die Befürworter der Transitautobahn A52 geben sich nicht geschlagen. Der Widerstand gegen die Durchstreckung der A52 muss sich weiter organisieren!

Hohe Feinstaubwerte an der Hafenstraße!

Hat das mit der Müllverbrennung von Harmuth zu tun?

Die Messwerte der Station an der Hafenstraße ergeben für Feinstaub im März schon 9-mal und bis 22. März schon 18-mal Tageswerte von mehr als $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Nach EU-Richtlinien sind 35 Überschreitungen im Jahr erlaubt. Jetzt haben wir aber schon über die Hälfte davon in weniger als 3 Monaten. Die mit den hohen Werten verbundenen Windrichtungen deuten auf das Müllkraftwerk Karnap und die Müllverbrennungsan-

lage von Harmuth am Stadthafen als akute Verursacher dieser überhöhten Werte hin. In den Widersprüchen der Bürger und den Anhörungen wurden viele Bedenken zur Müllverbrennungsanlage von Harmuth vorgebracht. Funktioniert diese Anlage? Werden die Grenzwerte eingehalten? Wir fordern von Harmuth und den Umweltbehörden Rechenschaft und Information der Bevölkerung.

Grüne Harfe:

Keine Vernichtung von Grünland für Wohnungsbau!

Die Bebauung der Grünen Harfe (zwischen Werden und Heidhausen) durch ThyssenKrupp mit weniger als den anfangs geplanten Häusern und Wohnungen als Vorschlag eines Moderationsverfahrens ist ein fauler Kompromiss. Eine Stadt wie Essen mit sinkender Einwohnerzahl und vielen Industriebrachen muss sich nicht in das landwirtschaftlich oder zur Erholung genutzte grüne Umland erweitern. Das schadet dem Stadtklima und erfordert neue teure Infrastrukturmaßnahmen. In

Werden ist das Nadelöhr Brückstraße schon jetzt durch Abgase und Lärm übermäßig belastet. Stattdessen ist für den Wohnungs- und auch den Gewerbebau eine Innenentwicklung sinnvoll. Auch im Essener Süden gibt es dafür noch genügend Flächen. Wenn Krupp vor über 100 Jahren Ländereien in und um Essen aufgekauft hat, darf sich daraus nicht das Recht ergeben, dieses Land zum Schaden der Essener Bevölkerung als Bauland zu nutzen.



Die Messstation an der Hafenstraße liegt in einer Grünanlage. Sie soll die Hintergrundbelastung messen. Die dort gemessenen hohen Feinstaubwerte entstehen nicht durch den Lastwagenverkehr, sondern durch die Verbrennungs- und Industrieanlagen in der Umgebung. Das zeigt, dass die Umweltzonen ein Ablenkungsmanöver von den Hauptverursachern sind.